

1. § 2 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Vereinbarung zum Vermögensübergang und zur Regelung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Aachen und dem Kreis Aachen vom 17.12.2007 (Anlage 1) wird bestätigt.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 17.12.2007 (Anlage 2) wird bestätigt.“

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Gemeinde“ durch das Wort „Gemeinden“ ersetzt.

Der **Gesetzentwurf** wird sodann in Verbindung mit Vorlage 14/1535 und in der zuvor beschlossenen Fassung ebenfalls einstimmig **angenommen**.

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5830

In Verbindung mit:

Gesetz über die Leistung von Abschlägen im Rahmen der Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deutschen Einheit

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5840

Vorlage 14/1548

– Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss

Der Ausschuss kommt nach erster Aussprache überein, in einer noch anzuberaumenden Sondersitzung das Thema abschließend zu behandeln.

**3 Fünftes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes
(5. ÄndG-WBFG) 16**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5336

Ausschussprotokoll 14/578

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Bauen und Verkehr

Der Ausschuss stimmt ohne Aussprache dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen zu.

4 Europäische Ausschreibung von Grundstücksverkäufen 17

Vorlage 14/1606

- Diskussion 17

**5 Umsetzungsprobleme bei der Kommunalisierung der
Versorgungsverwaltung: 19**

a) Klärung der Zuständigkeit bei Rechtsstreitigkeiten (Aktiv- und Passivlegitimation des Landes) in Verfahren nach dem Schwerbehindertenrecht und dem Bundeselterngeld

- Bericht zum Sachstand, Information über die Rechtsposition der Landesregierung, des Bundes und der Sozialgerichtsbarkeit in NRW sowie Folgen für die Betroffenen und die kommunalen Aufgabenträger

b) Bericht zum Sachstand zu den Verwaltungsgerichts- und Arbeitsgerichtsverfahren von Beschäftigten der ehemaligen Versorgungsverwaltung sowie Stand der Sozialplanverhandlungen – Auswirkungen auf die kommunalen Aufgabenträger und die Beschäftigten

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage 14/1614

- Bericht der Landesregierung
- Aussprache 19

- 6 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Rechtmäßigkeit der ARGEN – Auswirkungen und Perspektiven der SGB II-Umsetzung 20**
– Bericht der Landesregierung
– Bericht von RBr Benedikt Siebenhaar (MAGS) 20
- 7 Ganzttag an allen Schulformen der Sekundarstufe I ermöglichen und ein Landesprogramm „Zukunftsinvestition Ganzttag NRW“ einrichten 22**
Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5353
– Diskussion 22
Der Ausschuss **lehnt** nach Aussprache mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen den **Antrag** der Fraktion der SPD Drucksache 14/5353 **ab**.
- 8 Drei-Säulen-Modell der Lebensmittelsicherheit stärken: Private Laborkapazitäten für die amtliche Lebensmittelüberwachung verfügbar machen 25**
Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5348
Ohne Aussprache **nimmt** der Ausschuss den **Antrag** der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen **an**.
- 9 Nächste Sitzung: Ein Termin über eine Sondersitzung zum Tagesordnungspunkt 2 wird noch verabredet. 26**

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Bildung der Städteregion Aachen (Aachen-Gesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5556

Vorlagen 14/1506 und 14/1535

Stellungnahmen 14/1739, 14/1742, 14/1745, 14/1748, 14/1749 und 14/1765

– Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, der Ausschuss habe sich in der Dezember-Sitzung einvernehmlich darauf verständigt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Mit Ausnahme der Regierung der deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen lägen alle schriftlich erbetenen Stellungnahmen vor.

Vor dem Hintergrund der von der Landesregierung nachgereichten Vorlage 14/1535 mache er darauf aufmerksam, dass der Gesetzentwurf noch anzupassen sei.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen auf Vorschlag des Vorsitzenden folgende **Änderung**:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Vereinbarung zum Vermögensübergang und zur Regelung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Aachen und dem Kreis Aachen vom 17.12.2007 (Anlage 1) wird bestätigt.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 17.12.2007 (Anlage 2) wird bestätigt.“

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Gemeinde“ durch das Wort „Gemeinden“ ersetzt.

Der **Gesetzentwurf** wird sodann in Verbindung mit Vorlage 14/1535 und in der zuvor beschlossenen Fassung ebenfalls einstimmig **angenommen**.

